



BETRIEB & GEWERKSCHAFT

Mein wöchentlicher Newsletter

6. Juli 2018

Wolfgang Rose (SPD)

Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft

www.wolfgang-rose.info

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als ein Hamburger Gericht vor gerade einmal drei Wochen die „Mietpreisbremse“ aufgrund eines Formfehlers des Senats einkassierte, war die Häme groß. Mancher Immobilienbesitzer und -spekulant frohlockte, die Mieten nun doch wieder unbeschränkt in die Höhe treiben zu können.

Doch wir lassen uns nicht beirren: Vorgestern hat der Senat die Regelung, wonach die Mieten bei Neuvermietung nicht mehr als 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen dürfen, erneut beschlossen und dabei die bisherigen Formfehler beseitigt. Zugleich hat er auch die zweite gesetzliche „Mietpreisbremse“, nämlich die Kappungsgrenze bei Bestandsmieten um weitere fünf Jahre verlängert. Sie besagt, dass Bestandsmieten um maximal 15 Prozent innerhalb von drei Jahren erhöht werden dürfen. Beide Instrumente zusammen mit dem massiven Wohnungsneubau – dessen Volumen vor allem im Bereich der Sozialwohnungen mit dem neuen Haushalt ab 2019 nochmals erhöht werden wird –, dem Vorgehen gegen Zweckentfremdung, den Sozialen Erhaltungsverordnungen, der Initiative für kostengünstiges Bauen auch im freifinanzierten Bereich, der Senatspolitik, öffentliche Grundstücke nicht zum Höchstpreis, sondern gezielt für bezahlbaren Wohnungsbau zu verkaufen und anderem mehr bilden ein **entschiedenes Vorgehen der rot-grünen Senatskoalition gegen den Mietenanstieg, für bezahlbares, gutes Wohnen für alle in Hamburg**. Nähere Infos hier unter Arbeit und Soziales.

Ich wünsche Euch ein schönes Wochenende, und wie immer freue ich mich auf Eure Rückmeldungen.

Kollegiale Grüße

Wer diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchte, sendet bitte eine entsprechende Re-Mail unter post@wolfgang-rose.info

Falls dieser Newsletter in Ihrem Mailprogramm nicht optimal dargestellt wird, finden Sie ihn anbei auch als PDF-Datei, oder [hier](#) zum Anschauen und Herunterladen.

Weitere regelmäßige Infos dazu finden Sie / findet Ihr auch auf <https://www.facebook.com/wolfgang.rose.79> - bitte bei Interesse auch abonnieren.

Unser Lese-Tipp der Woche:

- **Moderne Zeiten? Gewerkschaften gestalten die Transformation der Arbeitswelt**

Das aktuelle Magazin der Friedrich-Ebert-Stiftung widmet sich der flexiblen und deregulierten Arbeitswelt. Was tun die Gewerkschaften dafür, dass der Mensch nicht zu kurz kommt?

Hier lesen: <https://tinyurl.com/y8ahsljc>

Unser Veranstaltungs-Tipp der Woche:

- **Erinnerung an Helma Steinbach (1847 – 1918)**

Am 7. Juli 1918 starb 71jährig Helma Steinbach nach einem Leben für die Arbeiterbewegung. Sie war eine der markantesten Frauen, die die Hamburger Arbeiterbewegung hervorgebracht hat. Ihr hundertster Todestag gibt Anlass zur Erinnerung.

Am **24. Juli** um 18 Uhr im KLUB, Besenbinderhof 62 (Nähe Hauptbahnhof).

Nähere Infos hier: <https://tinyurl.com/ycfz2qe>

Arbeit und Soziales

- **Neuerlass der Mietpreisbremse für Hamburg**

Der Senat hat erneut flächendeckend für ganz Hamburg eine Mietpreisbremse erlassen. Anlass ist ein aktuelles Urteil des Landgerichts Hamburg, in dem das Gericht die ab dem 1. Juli 2015 geltende, inhaltsgleiche Mietpreisbremse aus formellen Gründen nicht anwandte. Der Neuerlass schafft Rechtssicherheit und stellt damit den Schutz vor zu hohen Mieten bei Neuvermietungen sicher.

Hier lesen: <https://tinyurl.com/yaxucxxv>

- **Verlängerung der Kappungsgrenze beschlossen**

Hamburgs Senat hat eine entsprechende Rechtsverordnung erlassen, mit der auch weiterhin Mieten im laufenden Mietverhältnis um maximal 15 Prozent in drei Jahren erhöht werden dürfen statt um 20 Prozent. Damit wird dem immer noch angespannten Wohnungsmarkt in der Stadt Rechnung getragen und das erfolgreiche Instrument zur Mietpreisbegrenzung fortgesetzt. Die neue Verordnung gilt flächendeckend für ganz

Hamburg, so profitieren alle Mieterinnen und Mieter von dieser miethpreisdämpfenden Maßnahme.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/yd6tyru9>

- **Den Teufelskreis des Fachkräftemangels in der Pflege durchbrechen**

Diese Woche trafen sich die Vertreterinnen und Vertreter des Bundes und der Länder, um über die „Konzertierte Aktion Pflege“ zu beraten. Durch gemeinsame Maßnahmen soll die Arbeit in der Pflege attraktiver und die Arbeitsbedingungen spürbar verbessert werden. Zudem soll die Ausbildung gestärkt und der Wert der Arbeit in der Pflege auch finanziell besser anerkannt werden. Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks setzt sich vor Ort als Ländervertreterin für die Interessen der Pflegekräfte ein.

Mehr dazu: <https://tinyurl.com/y7sp2dtb>

- **Pflege ist das zentrale Zukunftsthema dieser Regierung**

Die Beauftragte für Pflege der SPD-Bundestagsfraktion Heike Baehrens sagt zum Start der „Konzertierten Aktion Pflege“: "Gute Bezahlung und verbindliche Tarifverträge sind uns als SPD-Fraktion besonders wichtig".

Hier mehr: <https://tinyurl.com/yczxxy2>

- **Flüchtlinge: Zahl der „Überresidenten“ weiter gesunken**

In Hamburg wurden im vergangenen Monat 710 Flüchtlinge in das bundesweite Verteilungsnetz aufgenommen. Davon verblieben 363 Schutzsuchende in der Hansestadt, 198 Frauen, Männer und Kinder mussten dabei untergebracht werden. Die Zahl der Überresidenten ist zum Vormonat von 1.481 auf 1.321 gesunken.

Hier lesen: <https://tinyurl.com/yc64mjpr>

- **Nahles: Mit uns gibt es keine geschlossenen Lager und keine nationalen Alleingänge**

SPD-Fraktionschefin Nahles macht die Bedingungen klar, unter denen sie und Olaf Scholz über die Vorschläge der Union verhandeln. Grundlage müssten der Koalitionsvertrag und der Fünf-Punkte-Plan der SPD sein.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/ydygajyn>

- **Fünf-Punkte-Plan zur Migration: Menschenrechte, Recht und Steuerung in einem Konzept**

Die Sozialdemokraten haben zur Migrationspolitik einen Fünf-Punkte-Plan vorgelegt. Das Besondere an dem Konzept erläutert der menschenrechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Frank Schwabe.

Hier mehr dazu: <https://tinyurl.com/y7b9bgzb>

- **Hamburg bezieht Position für Investitionen in Bildung und sozialen Wohnungsbau**

Für diese und noch einige andere Themen haben sich Bürgermeister Peter Tschentscher, Sozialsenatorin Melanie Leonhard und Staatssekretärin Annette Tabbara heute im Bundesrat eingesetzt.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/yafomrnq>

- **10,2 Milliarden Euro für starke Familien in Deutschland**

Investitionen für eine gute Kinderbetreuung, mehr Unterstützung Alleinerziehender und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das sind die Eckpfeiler des Haushalts 2018, den der Bundestag am 3. Juli beschlossen hat.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/y9o5gpf5>

- **Familienleistungen und Informationen aus einer Hand**

Welche Familienleistungen gibt es und wo finde ich die passende Beratungsstelle vor Ort? Das neue, zentrale Familienportal des Bundesfamilienministeriums informiert zuverlässig über Familienleistungen, Antragsverfahren und gesetzliche Regelungen.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/yddnfxj>

- **Befristungen erreichten 2017 einen neuen Höchststand**

Rund 3,15 Millionen oder 8,3 Prozent der Beschäftigten hatten im Jahr 2017 einen befristeten Arbeitsvertrag. Damit erreichten Befristungen im Jahr 2017 einen neuen Höchststand. Zugleich steigen aber auch die Übernahmechancen in unbefristete Beschäftigung seit Jahren kontinuierlich an, geht aus einer aktuellen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/y9x3zgw5>

- **„Betriebe, die besser bezahlen und seltener befristen, haben weniger Vakanzen“**

Mit 8,3 Prozent hat der Anteil befristet Beschäftigter in Deutschland 2017 einen neuen Höchststand erreicht. Im Interview für das IAB-Forum erläutert IAB-Forscher Christian Hohendanner die Gründe für diese Entwicklung.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/yc4upurj>

- **Reform des Befristungsrechts – mögliche Auswirkungen des Koalitionsvertrags auf Betriebe und Beschäftigte**

In ihrem Koalitionsvertrag verständigten sich die Regierungsparteien auf deutliche Beschränkungen der Befristungsmöglichkeiten. Ein erheblicher Teil der Betriebe dürfte bei deren Umsetzung gezwungen sein, den Anteil sachgrundlos befristeter Beschäftigungsverhältnisse spürbar zu reduzieren.

Hier mehr dazu: <https://tinyurl.com/yc57mcyo>

- **Befristungen auf neuem Höchststand – DGB fordert: Sichere Arbeit schaffen!**

„Das Normalarbeitsverhältnis muss endlich wieder sicher, unbefristet, sozialversichert und tariflich entlohnt sein. Nur so sichern sich die Arbeitgeber Fachkräfte auf Dauer. Ihre Ketten-Befristerei muss beendet werden, es darf auch kein Ausweichen der Arbeitgeber auf Zeitarbeit oder Werkverträge zugelassen werden“, sagt Uwe Polkaehn, Vorsitzender des DGB Nord. Der Anteil der Befristungen an allen Arbeitsverträgen beträgt in Hamburg 9,7 Prozent, in Schleswig-Holstein 7,1 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern 8,9 Prozent.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/yb7go9oo>

- **Nahles: "Wir nehmen keine Sachzwänge bei der Rente hin"**

SPD fordert Umsetzung des Rentenpakets: Nahles: „Wer lebenslang eingezahlt hat, muss auch selbst am Ende ein auskömmliches Leben haben. Die Kaufkraft muss erhalten bleiben.“ Deshalb werde das Rentenniveau gesetzlich abgesichert. Für Nahles steht fest: „Wir akzeptieren keinen Sachzwang eines sinkenden Rentenniveaus.“ Überhaupt müsse die Sachzwanglogik durchbrochen werden. „Wir müssen nicht hinnehmen, dass steigende Mieten den Lebensstandard auffressen. Wir müssen nicht hinnehmen, dass ländliche Regionen aussterben.“

Hier mehr: <https://tinyurl.com/ybk79b5k>

- **Dramatischer Anstieg: Immer mehr Burn-out-Patienten**

Immer mehr Menschen fühlen sich offenbar erschöpft und ausgebrannt. Nach einer Auswertung der Kaufmännischen Krankenkasse (KKH) diagnostizierten Ärzte 2016 bei rund 26.000 Versicherten ein Burn-out-Syndrom, rund 134 Prozent mehr als noch im Jahr 2006. Besonders betroffen seien die 45- bis 59-Jährigen, teilte die KKH in Hamburg mit. Die Gründe sind vielfältig: Stress, Überbelastung in Beruf und Privatleben, aber auch Arbeitssucht können zu einem Burn-out-Syndrom führen.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/y8wjqveh>

- **ver.di Frauen kritisieren Männerquote bei Hamburger Staatsanwaltschaft**

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) kritisiert die Bevorzugung von männlichen Bewerbern bei ausgeschriebenen Stellen der Generalstaatsanwaltschaft in Hamburg. In einer aktuellen Internetausschreibung der zuständigen Behörde heißt es, dass männliche Beschäftigte unterrepräsentiert sind und bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt werden.

Hier mehr dazu: <https://tinyurl.com/y9jh2cyn>

- **Armes reiches Land**

Obwohl es Deutschland gut geht, sind viele frustriert. Engagierte Metaller erzählen von einem Land, das an vielen Stellen zum Sanierungsfall geworden ist. Weitere Themen: Folgen der Diesellaffäre für die Kfz-Beschäftigten sowie Tipps für Schulabgänger und für den Ruhestand.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/ycowa3jf>

- **„Ziel ist es, alle Kolleginnen und Kollegen in die Tarifrunde mit einzubeziehen“**

Auch wenn die Tarifrunde 2018 erst im Oktober beginnt, die Vorbereitungen dazu laufen bereits auf Hochtouren. Das wurde auf der 4. Zukunftswerkstatt Tarifpolitik der EVG deutlich, die am Mittwoch in Fulda stattfand.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/ybzmlagh>

- **Arbeitgeber brechen Verhandlungen zur Weiterentwicklung der Entgeltordnung des Ländertarifvertrags (TV-L) ab**

In einem gemeinsamen Brief an den Vorsitzenden der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), den Berliner Finanzsenator Dr. Kollatz-Ahnen, haben die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, der dbb beamtenbund und tarifunion und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) scharfe Kritik an dem Abbruch aller laufenden Tarifverhandlungen durch die TdL reagiert.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/ycq9s4dn>

- **NGG: Tarifbindung erhöhen**

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) begrüße es sehr, „dass Bundesarbeitsminister Hubertus Heil in dieser Woche bei der Übergabe des Berichts der Mindestlohnkommission wiederholt darauf verwiesen hat, dass die Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gestärkt und die Tarifbindung erhöht werden müssen.“ Das hat der stellvertretende NGG-Vorsitzende Guido Zeitler erklärt.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/y8nspjzq>

- **Einstellungsoffensive bei der Polizei**

Immer wieder hört man, dass in den kommenden Jahren etwa 1/3 der Kolleginnen und Kollegen bei der Hamburger Polizei pensioniert werden. Mit der Einstellungsoffensive (EO 300+) werden deshalb schon jetzt über 500 Nachwuchskräfte jährlich ausgebildet. Über 5000 Bewerbungen gehen jährlich bei der Polizei Hamburg ein. Die GdP hatte Gelegenheit, mit der Projektleiter EO 300+, André Martens, über die aktuellsten Themen der Einstellungsoffensive zu sprechen.

Hier lesen: <https://tinyurl.com/y9ozl4qd>

- **EU-Mobilitätspaket: Gute Arbeitsbedingungen weiter auf der Tagesordnung**

Das Europäische Parlament hat die Reformvorschläge des sogenannten Mobilitätspakets an den Verkehrsausschuss zurückverwiesen. Damit sind Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen von Bus- und LKW-Fahrern zunächst vom Tisch. DGB-Vorstandsmitglied **Annelie Buntenbach** sagte dazu am **Mittwoch in Berlin**:

Hier mehr: <https://tinyurl.com/yd5us9zc>

- **ver.di und GEW: Tarifeinigung beim TV Stud**

Der längste Hochschulstreik in Deutschland ist beendet. Nach langer Verhandlung konnten die Gewerkschaften ver.di und GEW eine Einigung für die nach dem Tarifvertrag studentische Beschäftigte (TV Stud) bezahlten Beschäftigten erzielen. Ihre Löhne sollen in vier Schritten angehoben werden, so dass ab Juli 2023 eine Angleichung an die Bezahlung nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) erreicht sein wird.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/y7v8bn3w>

- **Dax-Vorstände verdienen das 71-fache ihrer Mitarbeiter**

Vorstände von Dax-Unternehmen verdienen im Durchschnitt 71-mal so viel wie die durchschnittlichen Beschäftigten in ihrer Firma, so das Ergebnis einer neuen I.M.U.-Studie. Der Abstand hat sich deutlich vergrößert.

Hier lesen: <https://tinyurl.com/y9266qq8>

- **Vom Wert der Arbeit**

Frauen bekommen bei gleichen beruflichen Anforderungen und Belastungen weniger Geld als Männer. Das erklärt einen großen Teil des Gender Pay Gaps.

Hier lesen: <https://tinyurl.com/y99tkre7>

- **Öffentlicher Dienst: Langsam geht es wieder aufwärts**

Kürzen, schrumpfen, privatisieren: Das war in Deutschland lange die politische Leitlinie im Umgang mit dem öffentlichen Dienst. Doch der Trend ist gebrochen – nicht zuletzt dank erfolgreicher Gewerkschaftskampagnen.

Hier lesen: <https://tinyurl.com/y7nmmgvq>

- **„Knallharte Handhabe gegen Diskriminierung“**

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat klargestellt, dass Kirchen von ihren Beschäftigten nicht pauschal eine bestimmte Konfession als Einstellungs voraussetzung verlangen können. Welche weitreichenden Folgen das hat, erklärt der Rechtswissenschaftler Johannes Heuschmid vom HSI.

Hier lesen: <https://tinyurl.com/y7pb98pu>

- **Machtverschiebung in der digitalen Arbeitswelt**

Immer deutlicher verschieben sich im Zuge der Digitalisierung die Kräfteverhältnisse in der Arbeits- welt zulasten der Beschäftigten. Zwar werden politische Eingriffe und rechtliche Regulierungen seit Jahren gefordert – bisher aber ohne nennenswerten Erfolg. Bleiben sie weiterhin aus, steigen die Risiken der Entsicherung, der Entkollektivierung und der Entmächtigung menschlicher Arbeitskraft. Um das Machtgefüge in der digitalen Arbeitswelt wieder in eine ausgewogenere Balance zu bringen, muss der Gesetzgeber die Interessen der Beschäftigten unverzüglich durch angemessene und innovative Schutzmechanismen stärken.

Hier lesen: <https://tinyurl.com/ycf7amuj>

- **Österreich: Rente nachhaltig finanziert**

Das vergleichsweise hohe Rentenniveau in Österreich sei langfristig nicht finanzierbar, meinen Kritiker. Zu Unrecht, zeigt eine Studie. Tatsächlich ist am Beispiel Österreich zu sehen, wie leistungsfähig umlagefinanzierte Rentensysteme sind.

Hier lesen: <https://tinyurl.com/y7u5577m>

Wirtschaft, Umwelt, Steuern und Finanzen

- **Rekordinvestitionen, dennoch keine neuen Schulden**

Der Bundestag hat am Dienstag mit den Schlussberatungen über den Bundeshaushalt für das laufende Jahr begonnen. Bis Donnerstag werden dabei die Etats der einzelnen Ministerien debattiert, bevor abschließend über den Haushalt mit Ausgaben von 343,6 Milliarden Euro namentlich abgestimmt wird. Es ist in vielerlei Hinsicht ein besonderer Haushalt. Neben etlichen prioritären Maßnahmen wird investiert wie niemals zuvor. Ein Überblick.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/y9occ5c9>

- **Gutachten zum Unternehmenswert des Wärmenetzes liegt vor**

Die Hamburgische Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement (HGV) bestätigt die methodische und rechnerische Richtigkeit der von der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (BDO) vorgenommenen Unternehmensbewertung der Vattenfall Wärme Hamburg GmbH (VWH).

Hier mehr: <https://tinyurl.com/y9v6k9w8>

- **Bus und Bahn in Hamburg: Mehr Platz, mehr Verbindungen, mehr Flexibilität**

Längere Züge, neue Bahnen, größere Busse und dichtere Takte: Der Senat hat mit den Hamburger Verkehrsunternehmen ein umfangreiches Maßnahmenpaket vereinbart, um das Angebot von Bus und Bahn deutlich auszubauen. Die Neuerungen werden bereits zum Fahrplanwechsel im Dezember umgesetzt. Sie bringen mehr Komfort für die Fahrgäste, höhere Flexibilität in der Auswahl ihrer Verbindungen und weiteren Platz in den Fahrzeugen. Der Ausbau der Kapazitäten erhöht die Stabilität im Betrieb und verbessert damit die Zuverlässigkeit von Bus und Bahn.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/y8h2pgxf>

- **Mindestlohn: Ein Gewinn für die Volkswirtschaft**

Studie bestätigt: Der Mindestlohn nutzt nicht nur Geringverdienern, sondern auch der Gesamtwirtschaft. Er stärkt den Konsum und sorgt so für stabiles Wachstum.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/ybzhud3n>

- **Höhere Löhne, stabiles Wachstum**

Trotz teilweise widriger Umstände geht der Aufschwung weiter. Das ist vor allem der robusten Inlandsnachfrage zu verdanken.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/y9rsszhk>

- **Strategische Partnerschaft für mehr Klimaschutz in Hamburg**

Die Freie und Hansestadt Hamburg und der Logistikkonzern Deutsche Post DHL Group gehen eine strategische Partnerschaft für mehr Klimaschutz in der norddeutschen Metropole ein. Dazu haben heute der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. Peter Tschentscher, und Prof. Dr. Achim Kampker, Geschäftsführer des Post-Tochterunternehmens StreetScooter, ein „Memorandum of Understanding“ unterzeichnet, in dem sich beide Parteien zu konkreten Maßnahmen zur Förderung insbesondere der Elektromobilität bekennen.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/ya6n7nug>

Demokratie, Kultur und Bildung

- **Hamburgs historisches Erbe bewahren und zukunftsfest machen**

Die Kaimauern in der Hamburger Speicherstadt und entlang des Zollkanals werden in den kommenden Jahren umfangreich saniert. Nach intensiven Vorplanungen der 2016 eigens dafür eingerichteten Projektgruppe unter Federführung des Landesbetriebes Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) können die Arbeiten in den kommenden Jahren nun systematisch und nachhaltig durchgeführt werden.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/yah86n7c>

- **Mehr Rechtssicherheit durch zusätzliche Instanz in Eilverfahren**

In asylrechtlichen Eilverfahren soll die Möglichkeit eine weitere Instanz anzurufen geschaffen werden und in Hauptsacheverfahren sollen künftig schon die Verwaltungsgerichte selbst entscheiden, ob sie eine Berufung zulassen.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/yd7lo8qg>

- **Mehr Geld für Hamburgs Musikclubs**

Die Stiftung zur Stärkung privater Musikbühnen Hamburg – kurz Clubstiftung – und die Behörde für Kultur und Medien haben jetzt eine neue Förderrunde des Live Concert Accounts (LCA) gestartet. Die Behörde für Kultur und Medien hat die regelmäßige Fördersumme wie im Vorjahr von 150.000 auf 250.000 Euro erhöht. Dies wird nach einem entsprechenden Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft auch zukünftig gewährleistet sein. Damit wird Livemusikkultur in Hamburg langfristig substantiell unterstützt.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/yaedy7hl>

- **Upload-Filter gefährden die Meinungsfreiheit**

Das Europäische Parlament hat mit einer Abstimmung mit den Stimmen der SPD-Abgeordneten den Weg frei gemacht, ein wirksames Urheberrecht zu schaffen, ohne auf

das problematische Instrument der Upload-Filter zu setzen. Diese Chance darf nicht vertan werden.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/y85pxpos>

- **Starke Arbeitnehmer, starke Demokratie**

Die Stärke der politischen Demokratie und die Mitbestimmung in der Wirtschaft hängen zusammen. Das zeigt ein Vergleich europäischer Länder.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/yd5697gr>